



Initiative Berliner Bankenskandal
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, Tel. 28482469
<http://www.berliner-bankenskandal.de>
Plenum donnerstags, 18:30, Dorotheenstr. 24
Spenden an Birger Scholz, KNR: 576217104, BLZ: 100 100 10

Initiative Berliner Bankenskandal informiert:

Berliner Tageszeitungen unterdrücken Anzeige zum Bankenskandal

Die Berliner Zeitung und der Tagesspiegel haben sich geweigert, eine halbseitige Anzeige zur Aufarbeitung des Bankenskandals abzdrukken. Angeblich würden die Persönlichkeitsrechte von Personen verletzt. In der Anzeige sollten die verantwortlichen Politiker und Manager einschließlich Ihrer Gehälter genannt werden.

Spiegel Online hat diesen unüblichen Vorfall aufgegriffen. Offensichtlich hat der Spiegel keine Probleme, die Gehälter in Auszügen abzdrukken. Zudem handelt es sich um ohnehin schon veröffentlichte, aber trotzdem wenig bekannte Informationen.

- **Vor wem fürchten sich die Berliner Tageszeitungen?**
- **Warum wird der Bankenskandal nicht journalistisch aufgearbeitet?**
- **Wir fordern eine kritische Berichterstattung!**

Text der Anzeige:

BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON BERLIN.

Kliniken, Kitas und Schwimmbäder werden geschlossen, Schulbücher nicht mehr bezahlt, Universitäts- und Kulturetats zusammengestrichen, Arbeitsplätze abgebaut

37.000 BerlinerInnen haben sich am Volksbegehren beteiligt

Finanzsenator Thilo Sarrazin sagt: „Berlin ist pleite“ Einer der Gründe:

DER BANKENSKANDAL

WAS KOSTET UNS DAS ?

Wir haben 2001 bereits € 1,755 MILLIARDEN gezahlt. Wir sollen zahlen: ab 2004 jährlich € 300 Millionen - 25 Jahre lang, insgesamt € 6,4 Milliarden. Das sind: pro Einwohner € 6.370 oder pro Beschäftigten € 14.500.

DABEI WIRD ES NICHT BLEIBEN!

21,6 Milliarden € hat der Senat von Berlin selbst für die weitere Risikoabdeckung des Missmanagements und der korrupten Geschäftspraktiken bis zum Jahr 2032 angesetzt. Die Summe, die im Antrag an den EU-Wettbewerbskommissar Monti genannt wird, liegt sogar bei mindestens 35 Milliarden €.

WER HAT DAS ZU VERANTWORTEN ?

Die Manager der Bankgesellschaft Berlin, deren Aufsichtsräte, die Bankenaufsicht, die Wirtschaftsprüfer, die Politiker...

Die Manager:

- Klaus-Rüdiger Landowsky: Monatspension € 19.812 (Jahrespension € 237.744)
- Jürgen Noack: Monatspension: € 15.338 (Jahrespension € 184.056)
- Ulf-Wilhelm Decken: Monatspension: € 19.020 (Jahrespension € 228.240)
- Jochen Zeelen: Monatspension: € 15.338 (Jahrespension € 184.058)
- Lothar Wackerbeck: Monatspension € 16.378 (Jahrespension € 196.538)
- Bernd Morgenroth: Monatspension: € 22.085 (Jahrespension € 285.020)
- Klaus von der Heyde: Monatspension: € 17.085 (Jahrespension € 205.020)
- Norbert Pawlowski: Monatseinkommen geschätzt: € 35.000 (Jahrespension € 420.000)
- Wolfgang Rupf: Monatsgehalt bis Oktober 2006 € ca. 60.000 (Jahresgehalt bis Okt 2006 € 720.000), danach Pension monatlich € 30.000 (Jahrespension € 360.000)
- und 20 weitere Vorstände...

Die Aufsichtsräte:

Edzard Reuter ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bankgesellschaft Berlin, ehem. Vors. Daimler-Benz AG, Heinz Dürr ehem. Vors. Deutsche Bahn AG, Friede Springer Axel Springer AG, Dieter Feddersen RA, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bankgesellschaft Berlin, div. Aufsichtsräte, Erwin Staudt ehem. Vorstands-Vors. IBM Deutschland, div. Aufsichtsräte, Klaus Murmann Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., div. Aufsichtsräte, Manfred Bodin Vorstands-Vors. Nord LB, Peter Kurth CDU, ehem. Senator f. Finanzen, Annette Fugmann-Heesing SPD, ehem. Senatorin f. Finanzen, Ditmar Staffelt SPD, Staatssekretär i. Bundeswirtschaftsministerium, Wolfgang Branoner, CDU, ehem. Senator f. Wirtschaft und Technologie, Horst Kramp ehem. Präsident der Industrie-und Handelskammer zu Berlin (IHK), Hartmut Friedrich DAG/ver.di Berlin u. Brandenburg, Ernst-Otto Kock ÖTV/ver.di Berlin, Joachim Tonndorf, DAG/ver.di Berlin u. Brandenburg u.a...

WAS IST ZU TUN ?

- Rücknahme des Gesetzes zur Risikoübernahme vom 16.4.2002
- Rückabwicklung der Fonds
- Sofortige Entlassung aller Vorstandsmitglieder, Bankmanager und Aufsichtsräte, die beteiligt waren
- Rückzahlung der unrechtmäßig erhaltenen Vergütungen
- Strafrechtliche Verfolgung ihrer Vergehen vor weiteren Verjährungen
- Sofortige Entflechtung der Bankenholding, keine weiteren Verschiebungen von Bankrisiken auf den Landeshaushalt
- Neuaufbau einer gesunden Bankenstruktur für die Region

Wir fordern eine objektive, öffentliche, unabhängige Prüfung aller Alternativen zum Wohl des Landes Berlin und unserer Zukunft. Wir unterstützen das Volksbegehren gegen den Bankenskandal! Schliessen Sie sich unserem Protest an.